

Leserbrief zu Mariam Morad

Das Handeln von BM Moritz ist ungeheuerlich:

1. Frau Morad gehört nicht in die Kategorie der „irregulär“ zugereisten Flüchtlinge ohne Aussicht auf einen Asylanspruch; Sie hat bereits einen Schutzstatus.
2. Das Dublin-Abkommen soll Menschen daran zu hindern, sich das Zielland ihrer Flucht nach eigenem Gusto auszusuchen. Dass eine auf der Flucht tragisch auseinander gerissene Familie nicht wieder zusammenkommen darf, ist nicht inhaltlicher Sinn des Gesetzes. Ein Gesetz ist naturgemäß allgemein verfasst, und kann demnach zu Härtefällen führen.
3. Ein Ausweg aus dem Dilemma sind Petitionsausschuss und Härtefallkommission. Beide haben die besondere Härte im Fall Mariam Morad bestätigt und ein Bleiberecht befürwortet.
4. BM Moritz hat dem Lippstädter Netzwerk gegenüber immer behauptet, keinen Ermessensspielraum bei seiner Entscheidung zu haben. Nun ist dem Bürgermeister Ermessensspielraum gegeben worden und er nutzt ihn nicht! Das zeigt, dass von Anfang an grundsätzlich der Wille fehlte.
5. Im Asylrecht gibt es das sogenannte Refoulement-Verbot, das besagt: kein Mensch darf in einen Staat zurückgewiesen werden, in dem ihm eine Verletzung fundamentaler Menschenrechte droht. Da das ein humanitärer Grundsatz ist, gilt das selbstverständlich auch analog für Frau Morad mit ihrer erlittenen Gewalterfahrung in Bulgarien. Die Verletzung des sexuellen Selbstbestimmungsrechts ist laut Bundesverfassungsgericht eine Verletzung des Art. 1 GG, also der Würde des Menschen. Daher verbietet sich in diesem Fall eine Ausreiseverfügung.
6. BM Moritz hat in seinem Grußwort zur großen Demonstration am 11.02. sinngemäß gesagt, dass es ja unterschiedliche Auffassungen zu Flüchtlingsfragen gebe, was uns alle aber eint sei, dass die Menschenwürde unantastbar ist. Alles offenbar Makulatur.
7. BM Moritz weigert sich, dem Rat der Stadt Lippstadt Auskunft über seine Beweggründe zu geben – ein ungeheuerlicher Vorgang!
8. Befremdlich finde ich, dass die Fraktionen von CDU, BG und FDP am Montag in der Ratssitzung nicht ebenfalls Druck auf den Bürgermeister ausgeübt haben.

Als Fazit gilt für mich in diesem Fall: unmenschliche Härte, moralische Fragwürdigkeit, humanitärer Offenbarungseid – meine Heimatstadt hat einen Bürgermeister verdient, der differenzieren kann, in einem Härtefall zu Empathie fähig ist und sich kommunikativ seinen Bürgerinnen und Bürgern erklären kann.

Winfried Bell